

Edition Soziale Arbeit

Franz Hamburger

# Abschied von der Interkulturellen Pädagogik

Plädoyer für einen Wandel  
sozialpädagogischer Konzepte

2. Auflage

**BELTZ JUVENTA**

## Einleitung: Ein weites Feld

---

Deutschland scheint in Bewegung geraten zu sein. Nicht die Mobilität der Bevölkerung ist gemeint und auch nicht die permanent gewordenen Touristenströme in alle Welt – täglich ist von neuen Anstrengungen in Sachen Integration die Rede. Die Position einer Beauftragten für Migration und Integration im Bundeskanzleramt wurde geschaffen, Nordrhein-Westfalen hat den ersten Integrationsminister, der rheinland-pfälzische Landtag die erste Enquêtekommission, die Ausschreibungen für Preise *Best Practice of Integration* sind unüberschaubar. Im Zehnjahresrhythmus ertönt die Forderung der Wirtschaft nach Fachkräften aus dem Ausland, 2008 ebenso wie 10 Jahre zuvor, als Bundeskanzler Schröder die *Greencard* in Deutschland einführte.

Besonders intensiv sind die Bewegungen im Bereich der Bildungspolitik, seitdem die PISA-Studien die schulische Marginalisierung der Migrantenkinder gezeigt haben. Dieser Zustand bedeutet neben der starken sozialen Selektivität des Schulsystems eine Belastung der demokratischen Basislegitimationen „Chancengleichheit“ und „soziale Gerechtigkeit“. Aber auch weil dem Handwerk die Mitarbeiter und der Wirtschaft die Fachkräfte ausgehen, kommen neue Förderprogramme für Benachteiligte in Gang. Integrations- und Bildungsgipfel mit der Bundeskanzlerin krönen diese Aktivitäten, eine neue Epoche scheint angebrochen.

Doch gleichzeitig weht der Wind auch aus der entgegengesetzten Richtung. In einem „Zuwanderungsgesetz“ werden neue Blockierungen für Verheiratete errichtet; ebenso findet sich die historisch einmalige Festlegung, dass Eltern, die ihre Kinder „zum Hass erziehen“, ausgewiesen werden sollen. Die Einbürgerung wird erschwert und eindeutiger noch: Wenn es eng wird im Wahlkampf, dann werden alle alten Parolen wie „Kriminelle Ausländer raus aus Deutschland“ wieder aus der Schublade geholt.

Die sozialwissenschaftlich erfassten Indikatoren verweisen bei Einheimischen und Zugewanderten gleichermaßen auf deutliche wechselseitige Distanzierungsprozesse. Was sind die Ursachen für die Abkühlung trotz heißgelaufener Integrationsparolen? Klaus J. Bade (2007) hat bei seiner Verabschiedung aus der Universität der Politik die Leviten gelesen – und ein umfassendes politisches Programm formuliert für eine nachholende, der Gegenwart gerecht werdende und zukünftigen Entwicklungen Rechnung tragende Politik. Und manches wird tatsächlich angegangen.

Doch scheint sich im Geist der neuen Integrationspolitik nichts geändert zu haben. Sie ist und bleibt Loyalitätspolitik gegenüber dem Wahlvolk, dem immer wieder sein Vorrang gegenüber den später Dazugekommenen versichert wird. Die unentwegte Verwendung des Integrationsbegriffs bringt es zum Ausdruck. Denn das deutsche Volk ist schon immer „hier“ und braucht nicht integriert zu werden. Die entscheidende Differenz braucht nicht ausgesprochen zu werden: Wer einheimisch ist, ist automatisch integriert, und wer einen Migrationshintergrund hat, soll sich anstrengen, es zu werden.

Bildung und Erziehung, Soziale Arbeit und Beratung sind in den widersprüchlichen Prozess der Bearbeitung von Migrationsfolgen eingebunden, sie sind ein zentrales Element von Migrations- und Gleichstellungspolitik. Die Schule steht im Zentrum der Migrationsfolgen, denn sie ist die Institution der kulturellen Vereinheitlichung der gesamten nachwachsenden Generation und sie ist über ihre Berechtigungszertifikate die hauptsächliche Agentur zur Verteilung von Teilhabechancen. Sie integriert alle und segregiert die Erfolgreichen und die Verlierer. Dieser Widerspruch spitzt sich bei Einwanderung besonders zu, denn die Einheimischen wollen ihre Privilegierung sichern und die Zugewanderten können nur durch Bildung Teilhabe erreichen.

Die Soziale Arbeit dagegen war schon immer hauptsächlich für die Nicht-Privilegierten zuständig. Sie kann deren Not lindern und die Entfaltung ihrer Potentiale auch trotz widriger Umstände befördern. Indem sie durch Hilfe zur Veränderung von Lebensumständen wie auch zu ihrer Akzeptanz beiträgt, stellt sie die für moderne Gesellschaften übliche Form der Sozialkontrolle dar. Für Migranten als Fremde sind Beratung und Soziale Arbeit oft die – neben der Selbsthilfe der Kolonie – wichtigsten Unterstützung und Orientierung vermittelnden Instanzen. Oft wird die organisierte Hilfe zum Kristallisationskern von Lebenswelten. Der Abbau der Migrantenberatung, wie sie von 1955 bis 1995 stilbildend war, hat ironischerweise die Verknüpfung dieser Kristallisationskerne mit den Organisationen des Aufnahmelandes aufgelöst und die Migrantenorganisationen, unter ihnen eben besonders die religiös orientierten, zum Aufbau äquivalenter Strukturen veranlasst. Dies wird ihnen dann als segregative Strategie vorgehalten.

Hilfe und Beratung sind immer – ebenso wie Bildungsprozesse – lebensweltlich fundiert. Deshalb gibt es neben den Sozialen Diensten, die prinzipiell gegenüber allen Personen offenstehen, auch wenn es faktisch eine Reihe von Schwellen gegenüber verschiedenen Gruppen von Nutzern gibt, die Organisationen mit speziellen Adressaten und die Selbstorganisationen. Dieses allgemeine Muster der Sozialen Infrastruktur konkretisiert sich auch gegenüber Migranten. Während in den Einrichtungen mit spezifischen Angeboten für Migranten und in den Initiativen, die von Ehrenamtlichen getragen werden, Personen tätig sind, die sich bewusst für die Arbeit mit dieser Zielgruppe entscheiden, ergibt sich mit der generellen Umstellung von „Spezialdiensten“ auf die „Integration in die Regelversorgung“ eine neue

Situation. Diese „Regelversorgung“ muss sich „interkulturell öffnen“ (Hinz-Rommel 1994 und Barwig/Hinz-Rommel 1995) und „Migrationssensibilität“ entwickeln, um der „neuen“ Klientel gerecht werden zu können.

Die Qualifizierung im Sinne der „interkulturellen Öffnung“ wurde in der Regel als ein Prozess des Wissenszuwachses organisiert und ging vielfach an den sozial-emotionalen Dimensionen vorbei. Teilweise – und es gibt keine Studien, auf deren Grundlage dies zu präzisieren wäre – ging diese Innovation schnell in ein Diversitymanagement über, in dem die *Haltungen* gegenüber den Migranten de-thematisiert worden sind. Auch die mit der programmatischen interkulturellen Öffnung verbundenen Konstruktionen der neuen Klienten als „Migrationsandere“ (Paul Mecheril) blieben unbeachtet. Weil die gute Absicht der „Öffnung“ eine hinreichende Legitimation für das Handeln darstellte, blieben die damit verbundenen Stereotypisierungen unreflektiert. In der theoretischen Diskussion sind sie Gegenstand einer fortwährenden Auseinandersetzung um das interkulturelle Konzept seit der „Öffnung“ Mitte der 1990er Jahre.

In der Schule und der schulbezogenen Diskussion waren diese Prozesse 20 Jahre früher abgelaufen. Nach einer Phase der speziellen „Maßnahmen“ („Ausländerklassen“) stellte das Schulsystem um und integrierte auf seine Weise: Die Arbeiterkinder mit Migrationshintergrund wurden inkludiert und ihnen wurden die für sie vorgesehenen Positionen im System zugewiesen. Spannungsvoll ist dieser Prozess eingelagert in die Gegensätze

- der Anforderungen des Beschäftigungssystems und der Legitimationsfunktion der Schule,
- der hohen Bildungsaspirationen der Eltern mit Migrationshintergrund und der ihnen zugeschriebenen Inkompetenz zur Förderung ihrer Kinder,
- der pädagogischen Förderanstrengungen von Lehrkräften und ihren durchschnittlichen migrationspolitischen Orientierungsmustern.

Nach wie vor scheinen die großen Herausforderungen darin zu liegen, dass die Schule sich auf eine mehrsprachige Gesellschaft umzustellen hat (Gogolin 1994), dass sie als demokratische Schule die soziale Selektivität abschwächt (Preisendörfer 2008) und einen Bildungsabschluss als Inklusionsvoraussetzung für alle Gesellschaftsmitglieder sichert (Solga 2005).

## Zu diesem Band

Der Wiederabdruck älterer Aufsätze ist begründungsbedürftig. Zwar beziehen sich verschiedene Beiträge in diesem Band auf aktuelle Daten (z.B. „Differenzierung der Migration“) und andere Texte zielen auf systematische Fragen ab (z.B. „Reflexive Interkulturalität“), doch wurden auch Aufsätze aufgenommen, in denen ältere Daten aufbereitet und frühere Konstellationen behandelt werden (z.B. „Migration und Armut“).

Dies kann nur begründet werden mit der Typik der Konstellation und dem Beitrag zu einem genetischen Erkenntnisgewinn. Denn es ist eines der charakteristischen Merkmale der Migrations- und Integrations-„Debatte“, dass sich die politisch-ökonomischen Konstellationen wiederholen, ohne dass zu ihrer konzeptionellen Bearbeitung Erfahrungen aus früheren Phasen des Sozialen Problems herangezogen werden – übrigens zeigt sich bei Aktualisierung der Datengrundlagen die Persistenz der Problemlagen.

Beispielsweise werden im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kontinuierlich Saisonarbeitskräfte angefordert, zunächst schwerpunktmäßig aus Polen, dann generell aus Mittel- und Osteuropa, von denen man annimmt, dass sie nach Auslaufen der befristeten Arbeitserlaubnis wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Dies tun auch zahlreiche Arbeitskräfte, doch bleiben auch viele in Deutschland, werden illegalisiert oder finden einen Weg zum legalen Daueraufenthalt. Die Konsequenz ist, dass Polen in Deutschland bereits die drittgrößte Ausländergruppe darstellen (wobei weitere Zuwanderungsgründe zu berücksichtigen sind). Bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit insistiert die Landwirtschaft auf der Anwerbemöglichkeit von Saisonarbeitern – und dies deckt sich genau mit der Konstellation von 1955, als entgegen anderslautender Behauptungen gerade die Landwirtschaft den Anwerbevertrag mit Italien in Gang brachte (Meier-Braun 2002). Gegen Ende unseres Jahrzehnts wird der Ruf der Wirtschaft nach Öffnung der Grenzen für Fachkräfte und Ingenieure immer lauter, gleichzeitig bleiben große Gruppen der Migrantenjugendlichen ohne berufliche Qualifizierung. Da der aktuelle Einwanderungsprozess ohne gesellschafts- und bildungspolitische Gestaltung abläuft, werden sich die Mechanismen der Des-Integration wiederholen. Der gleichzeitig rigide Umgang mit der Einbürgerungsoption für die in Deutschland Geborenen der 2. Generation blockiert Mechanismen der Integration über Bildung, insofern auch bildungserfolgreiche Migrantenjugendliche auf dem Weg in die deutsche Akademikergesellschaft und ihre freien Arbeitsplätze abgebremst werden. Die Vorstellung nämlich der Bundesregierung und ihrer Beauftragten, sie allein könne entscheiden, wer „integriert wird“, geht an dem Umstand vorbei, dass die Botschaft der aversiven Migrationspolitik alle Menschen mit Migrationshintergrund erreicht und ihre Entscheidung über den weiteren Lebensweg beeinflusst.

Soziale Probleme, die heute öffentlich diskutiert werden, haben ihre Wurzeln in der Vergangenheit. In der Regel unbemerkt entstehen Konstellationen, in denen die Diskrepanz zwischen einer gesellschaftlich geteilten Norm und einem tatsächlichen Zustand so stark wird, dass sie als Soziales Problem öffentlich behandelt wird. In der „Naturgeschichte“ Sozialer Probleme wird die erste Phase der „alarmierenden Entdeckung“ in der Regel abgelöst durch eine Phase konstruktiver Programme und die Formulierung von Lösungswegen. Diese werden dann erprobt, beschnitten, kleinformatig definiert und geraten teilweise in Vergessenheit. Den Rest des Problems kann man – in diesem Fall – der angeblich fehlenden Integrationsbereit-

schaft der Minderheit selbst zuschreiben. Die politische Erfindung des Begriffs „Parallelgesellschaft“ hat genau diese letzte Phase gekennzeichnet.

Die dominanten Muster der Problemdefinition verändern sich semantisch, aber nicht funktional. Die Anderen haben sich zu integrieren, „sie“ bilden „Parallelgesellschaften“ – mit der Rede über „sie“, die Anderen, bleiben „sie“ fremd, weil man kein Vertrauen zu ihnen hat, doch das „wir“, das spricht, wird mit dieser Rede definiert und ist scheinbar eindeutig. Das „wir“ wird ständig neu hervorgebracht; gerade in modernen Gesellschaften, die alles verflüssigen, entstehen Bedarfe nach kollektiven Identitäten. In der Auseinandersetzung mit Migration entsteht vielfach das „Deutsche Volk“. Die Aufschrift am Deutschen Bundestag ist nicht Dokument der Vergangenheit. Die Beschwörung einer diffusen „Integrationsgesellschaft“ dient dazu, die einfache Anerkennung des Einwanderungssachverhalts zu vermeiden. Denn ein Einwanderungsland Deutschland gehört nicht dem deutschen Volk, sondern allen seinen Bürgern. Auch den *Mitbürgern*. Diesen Wandel politisch und pädagogisch zu vollziehen, ist die zentrale Aufgabe heute. Dabei mag es hilfreich sein, sich mancher Etappen im Migrationsprozess zu erinnern.



# 1. Einwanderung zwischen Konflikt und Konsens

---

Dass Deutschland sich als ein Einwanderungsland verstehen solle, ist schon länger Konsens. Seit dem Bericht des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Heinz Kühn aus dem Jahr 1979 steht dieses Postulat auf der Tagesordnung. Bis zum Jahr 1998 aber wird die Politik von Rückkehrförderung, Abwehr, Begrenzung, Asylvermeidung bestimmt. Sozialwissenschaftliche Einsicht und praktische Politik stehen sich unvereinbar gegenüber. In dieser Situation ist es von besonderer Bedeutung, die Formen und Folgen, Voraussetzungen und Implikationen von „Migration“ zu klären. Die Bedingungen für den Einzelnen und die gesellschaftlichen Strukturen gleichermaßen sollen betrachtet werden, damit differenzierte Einsichten auch differenzierte Praxen im Umgang mit Migrationsfolgen ermöglichen. Dies ist gerade angesichts der gegenwärtigen Differenzierung der Migration erforderlich, weil einfache – populistische – Interventionen das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Zwei im Zusammenhang mit Migration wichtige Umstände werden nur gelegentlich thematisiert: Einmal die aus der Position der meisten Migranten im Beschäftigungssystem resultierende Armut, die häufig nur in Armutsberichten erwähnt oder von Protestgruppen skandalisiert wird. Bei der Beklagung des Bildungsnotstands wird dieser Umstand kaum erwähnt, denn sonst müsste auch die virtuelle Armut der abhängig Beschäftigten generell angesprochen werden. Wer die Bildungsarmut von Arbeiterkindern anspricht, impliziert eine andere Problematik, als wenn er die Benachteiligung von Migrantenkindern bedauert; denn bei ihnen kann die Assoziation „kulturelle Rückständigkeit der Familie“ immer eine Ablenkung von der schulischen Selektion ermöglichen und den Veränderungsdruck auf Schule abschwächen.

Die Gewalt gegen Migranten – die Amadeu-Antonio-Stiftung zählt Ende Juli 2008 das 138. Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit der Wiedervereinigung, fast alle Ausländer – wird bei besonders heftigen Ausbrüchen skandalisiert und gebrandmarkt. Die Mehrheit der Gesellschaft lehnt sie ab und „die Politik“ fördert in vielen Programmen die Prävention. Auch ist auf ein relevantes Feld des bürgerschaftlichen Engagements hinzuweisen. Dass es aber immer wieder auch Nachlässigkeit und Desinteresse bis in das Justizsystem hinein gibt, bleibt ein öffentliches Ärgernis.

Seit Anfang des Jahrhunderts wird die innergesellschaftliche Konfliktlage mehr denn je durch die Konstruktion eines national und weltweit bedrohlich erscheinenden Islams überformt. Die Islamophobie wird zu einer Formativ-

onslinie des Ethnozentrismus. Ein konsistentes Feindbild entsteht aus verschiedenen Quellen, es thematisiert ausdrücklich den „Islamismus“, der als gewalttätiger Fundamentalismus leicht abzulehnen ist, gleichzeitig aber die unausgesprochene Mit-Thematisierung des Islams generell erlaubt. Ein Paradebeispiel ist die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Untersuchung über den Islam in Deutschland, die allen Verdächtigungen und Zuschreibungen den empirischen Boden entzieht; im Vorwort des Innenministers ist gleichzeitig und ausführlich vom Terror des Islamismus die Rede (Brettfeld/Wetzels 2007).

Erst wenn die Kritik der Islamophobie die dominierende Fokussierung auf den Islam aufgelöst hat, kann die Untersuchung des Verhältnisses von Migration und Religion beginnen. Die auf religiöse Organisationen bezogene Praxis in Deutschland begann jedenfalls mit dem Aufbau der katholischen kroatischen, italienischen, spanischen und portugiesischen Gemeinden („Missionen“), die kirchenrechtlich den Heimatkirchen unterstehen. Diese Art der Segregation, der „ultramontanen“ Steuerung, hat kaum die öffentliche Aufmerksamkeit berührt oder gar zu einem neuen Kulturkampf geführt, wie er sich im Hinblick auf den Islam abzeichnet.

## 1.1 Migration, Migranten und die Integration

Migration ist ein universelles Phänomen, kein nationales. Es kann – dies gilt besonders für Deutschland – nur begreifbar gemacht werden, wenn Einwanderung und Auswanderung gleichermaßen berücksichtigt werden. Bedingt durch die geographische Lage und gesellschaftliche Entwicklung haben Aus-, Durch- und Einwanderungsprozesse hierzulande eine lange Tradition. In den wenigen Jahrzehnten der Nachkriegsgeschichte etwa haben ganz unterschiedliche Konstellationen – Flucht und Vertreibung, Anwerbung von Gastarbeitern, Aussiedlung und Umsiedlung sowie Flucht vor Bürgerkrieg und Unterdrückung – jeweils verschiedene Formen der Wanderung hervorgebracht. In neuerer Zeit hat die Aufhebung des Ost-West-Konflikts und damit der Blockierung von Migration durch Mauer und „Eisernen Vorhang“ in der Mitte Europas wiederum zu einer neuen Migrationslage geführt.

Auswanderung und insbesondere Rückwanderung haben dabei immer auch eine Rolle gespielt, was insgesamt eine beachtliche Fluktuation der Wohnbevölkerung in Deutschland zur Folge hatte. Im Vordergrund der Kontroversen um die Beurteilung und Gestaltung der Migration steht allerdings die Frage, welche Konsequenzen aus dem sozialen Sachverhalt der Migration zu ziehen seien. Soll sich die Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland begreifen, sollen die Ausländer Bürger dieses Landes werden? Hat die Bundesrepublik Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft oder soll sie sich weiterhin als ethnisch homogenen Nationalstaat begreifen? Die Auseinandersetzung über diese Fragen ist zu einem gesellschaftspolitischen

Grundkonflikt geworden, der von rassistischem Hass auf alles Fremde ebenso bestimmt wird wie von emphatischer Ausländerfreundlichkeit oder einem naiven Multikulturalismus, der sich an der neuen Vielfalt der Speisegaststätten erfreut. Zwischen diesen „einfachen“ Positionen müssen Politik und soziale Praxis ihren Weg finden.

### *Migration und Migranten*

„Migration“ ist eine allgemeine Sammelbezeichnung für den Umstand, dass Personen für einen längeren oder unbegrenzten Zeitraum einen früheren Wohnort verlassen haben und in der Gegenwart an einem anderen als ihrem Herkunftsort leben. Dabei wird die Überschreitung von Staatsgrenzen besonders hervorgehoben, weil mit ihr der Wechsel des rechtlichen Status und der kulturellen Umwelt verbunden ist.

Die allgemeinste Kategorie, anhand derer Veränderung in der „Verortung“ von Menschen beschrieben werden kann, ist die der Mobilität. Sie wird vor allem in der Demographie und Geographie verwendet und schließt die räumliche wie die soziale Bewegung/Veränderung von Individuen und Kollektiven ein. Man differenziert dabei im Hinblick auf die Dauer der Veränderung (von alltäglicher Zirkulation bis zur endgültigen Auswanderung) und die Distanz, die durch Mobilität überwunden wird (regional bis interkontinental) (vgl. Hamburger u. a. 1997).

Im Begriff der Migration sind also die Dimensionen Raum, Zeit und Sozialität in spezifischer Weise enthalten, und durch Unterscheidungen nach diesen Dimensionen können Migrationen spezifiziert werden. Ein „kleines Format“ von Mobilität stellt beispielsweise der zeitlich befristete Umzug in eine Stadt in einiger Entfernung, um ein Studium zu absolvieren, dar. „Großformatig“ ist dagegen die Auswanderung aus Europa nach Australien, um sich dort dauerhaft niederzulassen.

Für das Verständnis des individuellen Sinnzusammenhangs wie auch der sozialen Bedeutung von Migration ist zunächst der Wanderungsgrund von Bedeutung. Während man begrifflich relativ klar zwischen erzwungener und freiwilliger Wanderung unterscheiden kann, ist die Wirklichkeit der Migrationsursachen auf einem Kontinuum zwischen den Polen „gewaltsam erzwungene Wanderung“ und „freiwillige Mobilität“ verteilt.

Der weitere Verlauf des Migrationsprozesses hängt auch davon ab, ob das Handeln des Migranten auf die Erreichung bestimmter Migrationsziele ausgerichtet ist oder ob er sich nur an den Gelegenheiten, die sich ihm bieten, orientiert. Hat er schon im Herkunftsland feststehende Ziele im Herkunftsland im Auge, beispielsweise in der Sozialstruktur des Auswanderungslandes einen höheren sozialen Rang zu erreichen, wenn er nach der geplanten Rückkehr in sein Heimatland zurückkommt, wird er sich auch im Einwanderungsland ganz auf dieses Ziel konzentrieren und vor allem mit Personen

Kontakt halten, die ähnliche Intentionen haben. Strebt er jedoch Ziele eher im Einwanderungsland an und will er beispielsweise, dass seine Kinder dort wohnen bleiben und schulischen und beruflichen Erfolg haben, wird sein Handeln stärker auf Veränderung, beispielsweise der Art des familialen Zusammenlebens und der Erziehungsvorstellungen, ausgerichtet sein.

Die individuellen Handlungsmotive von Migranten sind mit den Migrationsursachen verknüpft. Eine erste Gruppe stellen Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben dar. Hierzu gehören auch Hungersnöte und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen; in diesen Fällen bringen Veränderungen der Natur bestimmte menschliche Aktivitäten hervor. Migration zielt hier auf das nackte Überleben, auf die Sicherung der minimalen Lebensbedingungen ab.

Eine zweite Gruppe von Migrationsursachen bilden wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit und materielle Verelendung. Zwar sind diese Lebenslagen in der Welt weit verbreitet, führen jedoch erst dann zu Migration, wenn sie mit Hoffnungslosigkeit verbunden sind, also dem Gefühl, die eigene Lage im Heimatland/am bisherigen Wohnort nicht ändern zu können. Auch muss die Hoffnung oder Vermutung bestehen, irgendwo anders oder an einem bestimmten Ort die entbehrten Existenzgrundlagen finden zu können. Das Spektrum in dieser Gruppe reicht von „Armutsflüchtlingen“ bis hin zu „Arbeitsmigranten“, die der „relativen Armut“ ihrer Herkunftsregion entfliehen oder sich als Arbeitskräfte anwerben lassen, um so die Lebenslage ihrer Familien verbessern zu können.

Flüchtlinge aus Gründen politischer und religiöser Verfolgung bilden die dritte Gruppe. Für diese Notlage wurde schon bei den Hethitern im 2. Jahrtausend vor Christus die Institution des Asyls entwickelt, um Schutz vor solchen Arten der Verfolgung zu gewähren. Das Asylrecht hat also eine lange Tradition und ist die menschliche Reaktion auf die Möglichkeit und Realität des Machtmissbrauchs. Mit der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte durch die Vereinten Nationen 1948 und durch die Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist dieses Asylrecht universal anerkannt und abgesichert worden.

Der vierte Typus von Migration beruht auf sozialen Gründen. Hierzu gehört sowohl die Familienzusammenführung bei ursprünglich individueller Wanderung als auch Migration zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen oder beruflichen Situation, wenn die Ausgangssituation keine Bedrohung darstellt. Hierunter fällt auch jener Teil der Arbeitsmigration, der nicht von blanker Not verursacht ist, sondern dem sozialen Aufstieg dient.

Einer fünften Gruppe können die Migranten zugerechnet werden, die aus ganz individuellen Motiven, persönlichen Gründen ihren Wohnort wechseln. Motive wie Neugier und Abenteuerlust finden sich hier ebenso wie das Bestreben, langweiliger Alltäglichkeit, beruflicher Routine oder einem